



Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Zinserate die dreispaltige Zeitspalte ober
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Bundes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Saitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Saitpoldstraße 9.

Inhalt: Der Generallstreik in Belgien. — Die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg. — Anträge zum 4. Deutschen Gewerkschaftskongress. — Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. — Oh, diese schlechten Zeiten! — D. M. W.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Aus den Agit.-Bezirken: An die Verwaltungsstellen im III. Bezirk. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Aus anderen Berufen zc. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Paris**, da dort ebenfalls große Arbeitslosigkeit herrscht und die zureisenden Metallarbeiter aus Deutschland wegen Unkenntnis der Sprache vielfach zum Lohnbrüder gegen ihre französischen Kollegen gebraucht werden;
- von Drahtziehern nach **Hörmersdorf a. d. E.** (Kupferwerke in Oesterreich);
- von Dreheimern nach **Berlin** (Altmann, Motorfahrzeugfabrik) Str.; nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik);
- von Feingoldschlägern nach **Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach** (Besonders von den Werkstätten W. Wüttner, Hunger, Schlüpfinger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach **Berlin** (S. Löwe); nach **Sielesfeld** (Droop & Wein); nach **Sunplan** (Wunzlauer Eisenwerke, Gießerei von Breitenfeld & Schulz, Gießerei von W. Bröckel) Lohnreduktion; nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Heidenau** bei Pirna (Kochtisch & Schneider);
- von Klempnern und Emailarbeitern nach **Breslau** (Filiale Julius Pintsch, Gasmessfabrik); nach **M. Gladbach** (Robert Jansen); nach **Mühlhausen i. Glf.** (Weierle, Fabr. f. Zintornamente);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Wartstein** in Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
- von Metallbründern nach **Fürth** (Metallwaarenfabrik Gasslbacher) W.;
- von Metallschlägern nach **Nürnberg** D.;
- von optischen Industriearbeitern nach **Kathenow** (Müller);
- von Schleifern nach **Höbeln** (Thierfelder & Riedel) W.;
- von Schlossern und Schmieden nach **Berlin** (Altmann, Motorfahrzeugfabrik); nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Buchhausen** bei Kronenberg (Gleff); nach **Mühlhausen i. Glf.** (Weierle, Fabr. f. Zintornamente, Eisenkonstruktion und Kunstschmiede); nach **Wittenberg** (Eisenwerk Joly);
- von Schraubendrehern nach **Buchhausen** bei Kronenberg (Gleff).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; B.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Der Generallstreik in Belgien.

Bei unsern Arbeitsbrüdern in den romanischen Ländern spielt seit Jahren der Gedanke des Generallstreiks eine große Rolle, namentlich aber in Frankreich, wo von seiner Durchführung und seinem Gelingen förmlich die Lösung der sozialen Frage abhängig gemacht wird. Die Anhänger des Generallstreiks in Frankreich müssen sich von dessen Durchführung ganz sonderbare Vorstellungen machen. Wir nächsternen Deutschen wissen, daß zur Durchführung eines zielbewußten Unternehmens auch einige Voraussetzungen erfüllt sein müssen. So müssen die Arbeiter organisiert sein und über Geld verfügen, wenn sie nur einen kleinen, lokal begrenzten Streik unternehmen wollen; unorganisierte Arbeiter streifen wohl hier und da auch, aber es geht dabei immer planlos zu, es fehlt die Organisation und die mit ihr verbundene Disziplin, die bewußte Solidarität und es fehlt auch das nach Montecuccoli zum Kriegsführen unentbehrlichste Kampfmittel: das Geld. Endet ein derart unorganisierter und planloser Streik einmal zu Gunsten der beteiligten Arbeiter, so kann man nur von einem glücklichen Zufall reden. Nun sind in Frankreich von 6,733,916 Arbeitern im Ganzen 419,761 oder 6,2 Prozent organisiert und da denkt

man nur immer an einen Generallstreik. Als ob die 6,300,000 unorganisierten Arbeiter dem Kommando irgend eines Gewerkschaftsführers Folge leisten würden. Es sind denn auch in Frankreich alle bisherigen Versuche zur Proklamierung und Durchführung eines Generallstreiks täglich gescheitert. In **Italien** liegen die Dinge ähnlich, ebenso in **Spanien**, wo vor Monaten in Barcelona in der That der allgemeine Streik ins Werk gesetzt, damit aber gar nichts erreicht wurde; dagegen sind Hunderte erschossen, verwundet und eingesperrt worden. Nun hatten wir auch in Deutschland bereits einmal einen Generallstreik, im vorigen Jahre, denjenigen der **Glasarbeiter**, der aber ebenfalls scheiterte, nachdem er mehr als eine halbe Million Mark an Unterstützungsgeldern usw. verschlungen hatte.

In Belgien spielte sich in den letzten Wochen der zweite Generallstreik ab, der wiederum wie sein Vorgänger von der Arbeiterpartei als Kampfmittel zur Erreichung eines politischen Zieles, des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, benutzt wurde. Der erste belgische Generallstreik fand im Jahre 1893 statt. Seit Ende der achtziger Jahre hatte die sozialdemokratische Partei eine großartige Agitation für die Erringung des Wahlrechts betrieben, das bisher nur den besitzenden Klassen zustand, da es ein Zensuswahlrecht war, also abhängig von einer bestimmten Steuerleistung, die 42 Fr. betrug. Natürlich war bei einem solchen plutokratischen Wahlrecht die Zahl der Wahlberechtigten eine verhältnismäßig geringe, sie betrug nur etwa 200,000 auf 6 Millionen Einwohner oder 3,3 Prozent, während beim allgemeinen Wahlrecht die Zahl der Wahlberechtigten in der Regel 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Da zu jener Zeit die Arbeiter in der Kammer nicht vertreten waren, so führten in derselben die Fortschrittler unter der Führung von Janion-Brüssel die Sache des allgemeinen Wahlrechts. Nach jahrelanger Verschleppung des Wahlrechts-Antrages wurde er am 11. April 1893 von der Mehrheit in der Kammer abgelehnt, worauf sodann die sozialdemokratische Partei mit der Proklamation des Generallstreiks antwortete. An demselben beteiligten sich in den großen Städten und Industriezentren viele Tausende von Arbeitern, es kam mit der Polizei und Bürgergarde an verschiedenen Orten, so in **Mons** und **Charleroi**, zu blutigen Zusammenstößen, wobei Arbeiter ermordet und verwundet wurden, aber die Massen-erhebung der Arbeiter selbst wirkte auf die liberale Regierung und ihre Kammermehrheit wie auf den König derart ein, daß ein neuerlicher Wahlrechtsantrag am 18. April 1893 angenommen wurde. Der politische Generallstreik hatte also die von ihm erhoffte Wirkung gethan, das Wahlrecht war erungen.

Es war das allgemeine, aber nicht das gleiche Wahlrecht. Wahlberechtigt war und ist nach demselben jeder Belgier vom 25. Lebensjahre an; ist er verheiratet, so hat er vom 35. Lebensjahre ab eine zweite Stimme und ist er akademisch gebildet, oder bekleidet er ein öffentliches Amt (d. h. ist er Beamter) oder hat er Grund- und Rentenbesitz im Mindestwert von 1600 Mk., so erhält er eine dritte Stimme. Es ist also das **P l u r a l w a h l r e c h t** in teuflich-raffiniertester Weise ausgetüftelt, um die Arbeiter zu pressen und die liberale Herrschaft auf ewige Zeiten zu befestigen. In der Praxis hat sich nämlich dieses vorläufige Wahlrecht so gemacht, daß 915,000 Wähler, wovon naturgemäß die große Mehrzahl Arbeiter, nur eine, 557,000 Wähler aber 2 bis 3 Stimmen, zusammen 1,353,000 Stimmen haben und somit die große Mehrheit der Wähler von der halb so starken Minderheit beherrscht, vergewaltigt und terrorisiert wird.

Die belgische Kammer zählt 152 Mitglieder, wovon alle zwei Jahre die Hälfte ausscheidet, um sich einer Neuwahl zu unterziehen, so daß die Mandatsdauer eines Abgeordneten 4 Jahre beträgt. Jeder Abgeordnete erhält eine feste Jahresentschädigung von 4000 Franken (3200 Mk.).

Zum ersten Male nach dem allgemeinen und Plural-Wahlrecht fand die Wahl im Oktober 1894 statt, wobei die sozialdemokratische Partei 334,500 Stimmen erhielt und 28 Mandate errang; die Liberalen erhielten 943,825 Stimmen und 104 Mandate und die Liberalen 544,237 Stimmen und 20 Mandate. Es war eine schöne Stimmenzahl, die sich zum größten Teil auch mit der Wählerzahl deckte, welche unsere Partei im ersten Ansturm erhielt, und nicht minder befriedigend war die Zahl der eroberten Sitze. Bei der letzten Wahl zur Erneuerung der Hälfte der Abgeordneten im Jahre 1900 — die Wahlzeit ist seit 1896 aus parteipolitischen Gründen von den Liberalen auf den 25. Mai verlegt worden — erhielten die Sozialdemokraten 467,000 Stimmen und 33 Mandate, die Liberalen ebenfalls 33, die Liberalen 85 Mandate und die christlichen Demokraten 1 Mandat, so daß die Oppositionsparteien zusammen 67 gegen 85 Mehrheitsstimmen der herrschenden Liberalen besaßen, also eine Mehrheit von nur 19 Stimmen, die aber bisher genügte, jeden Fortschritt in Sachen der Wahlrechtsreform zu verhindern. Gegenüber 1894 haben die Liberalen 19 Stimmen eingebüßt, gegen 1898 aber, wo sie 112 Mandate besaßen, gar 27, was beweist, daß ihre Herrschaft doch keine unangreifbare, keine für alle Ewigkeit gesicherte ist.

Vor zwei Jahren begann die sozialdemokratische Partei die Agitation aufs Neue für die Erringung des gleichen Wahlrechts, zu welchem Zwecke sie sich mit den Liberalen verband. Die Forderung lautete: Allgemeines und gleiches Wahlrecht für jeden Belgier vom 21. Lebensjahre an und Proportionalwahl; das im sozialdemokratischen Programm enthaltene Frauenstimmrecht wurde auf Verlangen der verbundenen Liberalen einstweilen nicht gefordert. Als Kampfmittel zur Erreichung des gesteckten Zieles wurde unter Anderem wiederum der Generallstreik, der 1893 so erfolgreich angewandt worden war, in Aussicht genommen. Als nun in der Kammer, die nach den Osterferien, am 8. April, ihre Tätigkeit wieder aufnahm, die Aussichten für die Durchbringung des Wahlrechtsantrages sich verschlechterten und als die brutale Polizei bereits auf friedliche Demonstrationen geschossen und eingehauen und viele getödtet und verwundet hatte, erließ der Generalrat (Partei-vorstand) in Brüssel am 13. April den Aufruf an die Arbeiter zum Generallstreik. Der Aufruf hatte eine wunderbare Wirkung; binnen wenigen Tagen standen 350,000 Arbeiter in Reih und Glied, bereit zum Gange, um ihr Recht zu erkämpfen. Die Gesamtzahl der belgischen Arbeiter beträgt 1,408,594, wovon 70,000 oder 5 Proz., also eine kleine Zahl, arbeitslos organisiert sind.

Am 18. April wurde trotz des noch nicht dagewesenen riesigen Generallstreiks von 350,000 Arbeitern — eine Revolutionsarmee, wie sie die Welt noch nicht sah — in der Kammer der Wahlrechtsantrag mit 82 gegen 64, also mit einer Mehrheit von 18 Stimmen, verworfen und gleichzeitig die Kammer bis zum 22. April vertagt. In der Zwischenzeit sollten, das war wohl der Plan der Regierung, die 60,000 Soldaten wie die Bürgergarde und die Polizei die ganze mächtige Bewegung im Blute ersticken.

Was thun? Das war nun die schwierige Frage. Der Generalrat beschloß nun am 20. April die Einstellung des Generallstreiks, nachdem er eine Woche gedauert, und in einem neuerlichen Aufruf an die Arbeiter forderte er sie auf, die Arbeit

wieder aufzunehmen. Viele Tausende von Arbeitern bäumten sich dagegen auf, unverständlicher Sache wieder zur Arbeit zurückzuführen, aber unter den obwaltenden Umständen blieb ihnen leider nichts Anderes übrig. Daß es aber so gekommen, verschuldet der Generalrath in Brüssel, in der Hauptsache Vandervelde, der einflußreiche Führer, der noch viel zu sehr im Lager der bürgerlichen Parteien steht (der Radikalen und Liberalen) und der denn auch auf dem außerordentlichen Kongreß vom 4. Mai in Brüssel erleben mußte, daß ihn die ob der völlig verfehlten und zusammengebrochenen Taktik empörten Arbeiter nicht mehr reden ließen; ein bedauerliches tragisches Ereigniß!

Worauf es aber hier ankommt, das ist das wunderbare Gelingen des Generalstreiks trotz des unbefriedigenden Standes der Gewerkschaftsbewegung. Eine solche Disziplin und Ordnung im Aufmarsch wie im Rückzug, worüber selbst die Offiziere der stehenden Armeen staunen mußten, konnte man bis zum belgischen Experiment für unmöglich halten. Die belgischen Arbeiter haben gezeigt, daß der Generalstreik durchführbar ist — wenigstens in Belgien, dem kleinen, dichtbevölkerten Lande mit bestimmten Industriezentren und großen Städten. Denn aus dem Gelingen des Generalstreiks in Belgien darf man nicht ohne Weiteres auch auf seine Durchführbarkeit in anderen Ländern, in den großen Industriestaaten, schließen.

Der unbefriedigende Ausgang des belgischen Generalstreiks hat aber noch etwas Anderes gelehrt, nämlich, daß er von langer Hand her planmäßig vorbereitet, organisiert, daß ein großer Kampffonds von Millionen gesammelt werden und daß man von vornherein mit allen Möglichkeiten und Möglichkeiten rechnen muß. All das war diesmal unterlassen worden, nicht durch Schuld der auf der Höhe der Situation gestandenen Arbeiter, sondern durch die Schuld der Parthei, die den reinen Klassenkampfstandpunkt verließen und ein löhrendes Kompromiß mit verrätherischen liberalen Kapitalisten abgeschlossen hatte — und daran überdies der wunderbare Generalstreik der belgischen Arbeiter.

Die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg.

Aus den Berichten der württembergischen Fabrikinspektoren.

Auch der jüngst erschienene Berichtsband der württembergischen Fabrikinspektion betreffend ihre Thätigkeit im Jahre 1901 ist wiederum wie früher in Stuttgart und nicht wie im Vorjahre in Berlin gedruckt, so daß die bezügliche Kritik in der Presse nicht unsonst war. Aber erschienen ist der Bericht dennoch abermals um etwa 6 Wochen später als ehedem, wo er gewöhnlich in der ersten Hälfte des Monats März veröffentlicht wurde. Erfreulich ist die wiederholte Anerkennung der sozialen und kulturellen Bedeutung der Bestrebungen der organisierten Arbeiterklasse.

Uebereinstimmend konstatieren alle drei Berichte die empfindliche Verschlechterung der allgemeinen Geschäftslage unter dem Einfluß der anhaltenden Wirtschaftskrise, wovon besonders die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg gezogen ist. Im Stuttgarter Aufsichtsbezirk wurde von der Krise in erster Linie die Eisenindustrie, besonders die Maschinenfabriken, Stiefel-, Schmieden und Eisengießereien, in zweiter Linie die Textilindustrie betroffen; von den Bauwerken litt besonders auch die Bauhölzerei. Arbeiterentlassungen in großem Umfang seien zwar möglichst vermieden worden, doch wurden in einzelnen Betrieben überzählige Arbeitskräfte nach und nach entlassen, ausgetretene Arbeiter in den Verhältnissen nicht mehr erzielt, so daß in diesen die Arbeiterzahl seit Ende des Jahres viel geringer war als zu Anfang desselben. Das gilt nicht nur von den Großbetrieben; auch in vielen kleineren Betrieben, wo früher 2 bis 3 Gehilfen und einige Lehrlinge beschäftigt waren, sind nur noch 1 Gehilfe und einige Lehrlinge anzutreffen. Bei Beginn der Wintermonate sei der Geschäftsgang in einzelnen Fabriken so ungünstig gewesen, daß kaum noch mit der Hälfte der früheren Arbeiterzahl und auch mit dieser nicht voll gearbeitet werden konnte. Hierzu kommen noch schlechte Preise, ungünstige Zahlungsbedingungen, sowie Kursverluste und sonstige Verluste, welche manche Arbeitgeber in eine überaus schwierige Lage brachten. Als ein Stück ist es anzusehen, daß das Exportgeschäft weniger gelitten hat, als der Absatz im Inlande. . . Soweit es möglich war, wurden langjährige und verheiratete Arbeiter weiter beschäftigt, oder, wenn sie entlassen werden mußten, ihnen erst später die Wiederbeschäftigung in Aussicht gestellt. . . Nur sehr vereinzelte hatten Fabriken das ganze Jahr über vollen Beschäftigung und haben sich

genötigt, weitere Arbeiter einzustellen“ Eine allgemeine Besserung der Lage in nächster Zeit erwartet der Aufsichtsbeamte mit Recht nicht, doch befürchtet er auch keine weitere Verschlimmerungen.

Die Lohnsätze sind, wie von den Unternehmern und den Arbeitern vielfach mitgeteilt worden ist, an sich meistens gleich geblieben, doch müssen die Arbeiterfamilien mit einem sehr fühlbaren Minderherdienst rechnen in Folge der ungenügenden Beschäftigung. Dazu kam dann noch auf der andern Seite, daß das Berichtsjahr für die Landwirtschaft nicht günstig war und so die notwendigen Lebensmittel nur in geringerer Qualität und zu hohen Preisen beschafft werden konnten; auch die Fleischpreise stiegen auf eine bisher seltene Höhe. „Die Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel und der landläufigen Getränke, auch die Preissteigerung der Brennmaterialien sind einer Mindereinnahme der Arbeiterfamilien gleich zu achten und es kann somit wohl von einer ungünstigen Beeinflussung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die Verhältnisse gesprochen werden.“ In Zusammenhang mit der schlechteren Gestaltung der Lebensverhältnisse der Arbeiter steht unverkennbar der weitere „erfledliche Aufschwung“ der Konsumvereine, zu denen noch, veranlaßt durch die Erhebung des Brennmaterials, Roafs-, Kohlen- und Sparvereine hinzukamen. Die Stuttgarter Gemeindeverwaltung ermöglichte in den städtischen Verkaufsstellen den Bezug von Brennmaterialien in kleinen Quantitäten zu Großpreisen, wozu der Bericht ehrlich bemerkt: „Nicht verschwiegen soll werden, daß die Presse, in erster Linie die Arbeiterpresse, auf diesen Gemeinderathsbeschuß nicht ohne Einfluß gewesen ist.“

Auch im 2. Bezirke, der Stuttgart-Amt, Eßlingen, Leonberg usw. umfaßt, ergaben die vom Aufsichtsbeamten angestellten eingehenden Erhebungen, daß hauptsächlich die Maschinen- und Werkzeugfabriken, sowie Eisengießereien unter dem schlechten Geschäftsgange litten, ferner Textilindustrie, Baugewerbe, theilweise auch die Möbelfabrikation. Betriebseinschränkungen, theils durch Entlassung von Arbeitern, theils durch Verkürzung der Arbeitszeit, sind im Laufe des Jahres vielfach vorgekommen, namentlich vom Herbst an. Wenn davon verhältnismäßig nur wenige Betriebe betroffen wurden, so rührt dies daher, daß einmal verschiedene Betriebsunternehmer es vorzögen noch als das kleinere Uebel betrachteten, mit geringem oder auch keinem Nutzen voll weiter zu arbeiten, als ihre gut geschulten Arbeiter zu verlieren und daß weiter in den Kreisen der ersten ein wachsendes sozialpolitisches Bewußtsein vorhanden ist. „So äußerten sich manche Arbeitgeber dem Berichtsteller gegenüber dahin, daß sie sich für verpflichtet halten, ihren Arbeitern, welche in guten Zeiten für sie gearbeitet haben, auch in schlechten Zeiten Gelegenheit zu auskömmlichem Arbeitsdienst zu geben, selbst wenn sich dies nur mit Opfern ermöglichen lasse. Trotz solcher sehr anzuerkennender Fürsorge, die sich indessen nicht überall fand und obgleich es auch unter den unter Geschäftsklage am meisten leidenden Industriezweigen verschiedene Betriebe gab, denen es nie an Aufträgen fehlte, hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres allmählich doch einen über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Umfang angenommen.“ So beschäftigten nach den Erhebungen des Aufsichtsbeamten 15 von dem schlechten Geschäftsgang am härtesten betroffenen Betrieben der Maschinen- und Werkzeugfabrikation im Herbst des Berichtsjahres insgesamt 2358, im Herbst des Berichtsjahres aber nur noch 1854 Arbeiter; die Abnahme beträgt 504 Arbeiter entsprechend 21,4 Prozent. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit wurde auch durch die Veröffentlichungen der Arbeitsämter dargelegt. Wenn auch in den Gemeinden, wo größere Arbeiterentlassungen stattgefunden haben, nach Ansicht der Behörden von einem eigentlichen Nothstand nicht gesprochen werden konnte, so ließ sich doch nicht verkennen, daß durch dieselben nicht wenigen Arbeitern, worunter auch höher qualifizierten und an eine bessere Lebenshaltung gewöhnten, Einschränkungen, wenn nicht Entbehrungen auferlegt wurden, die unumkehrbar zu beklagen waren, als die meisten der Entlassenen unverschuldet in solche Lage gerathen sind. Das von Seite der Arbeiter und auch sonstiger Arbeiterfreunde vielfach geäußerte Verlangen nach Vorbeugungsmaßnahmen gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit erfordern daher begründet und wäre zu wünschen, daß es dem vereinten Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vielleicht unter staatlicher Beihilfe gelingen möge, auf diesem Gebiete durch zweckmäßige Einrichtungen erfolgreich zu sein.

Eine Herabsetzung der Löhne wurde namentlich in Maschinen- und Werkzeug-

fabriken sowie Eisengießereien vorgenommen und zwar um 10, 20 und mehr Prozent, so daß die Arbeiter dadurch empfindliche Einbußen an ihrem Arbeitsverdienst erlitten haben. Wo außer der Lohnherabsetzung auch noch Einschränkung der Arbeitszeit stattfand, hat sich das Lohnvermögen mancher Arbeiter so sehr vermindert, daß sie sich mit ihren Familien nur unter großen Entbehrungen durchzubringen vermochten. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist noch weiter auch durch die Vertheuerung des Obstmostes, der das Hausgetränk der Arbeiter ist, in Folge der schlechten Obsternte und durch die in vielen Orten eingetretene Steigerung der Fleisch- und Milchpreise verschlechtert worden.

Die gleichen Schilderungen von dem wirtschaftlichen Niedergang bietet auch der Bericht über den 3. Aufsichtsbezirk (Ulm, Litzlingen, Göppingen, Geislingen usw.) In 3 Maschinenfabriken sind demnach Lohnreduktionen von 10 und 15 Prozent vorgekommen, außerdem wurde in verschiedenen industriellen Anlagen in der Weihnachtswochen überhaupt nicht gearbeitet. Mit Ausnahme der Metallwaarenfabriken, welche durchwegs noch gut beschäftigt waren, sind in fast allen übrigen Industriezweigen, namentlich in den Werkzeugmaschinenfabriken Betriebseinschränkungen durch Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen worden.

Eine graphische Darstellung gibt eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit, inwiefern sie in den Naturalverpflegungstationen zu beobachten ist und zwar handelt es sich dabei um diejenige in Göppingen und um die Jahre 1899, 1900 und 1901. Darnach mußten in den Herbst- und Wintermonaten die meisten, in den Monaten Mai und August die wenigsten Unterstüßungen verabsolgt werden. So im Monat Juni nur 5 bezw. 10, im Monat Dezember der 3 Jahre dagegen 843, 1083 und 1636 mit einem Kostenaufwand von 1339 Mk., 1594 Mk. und 3071 Mk. Sehr zutreffend wird dazu bemerkt, daß durch diese Darstellung die landläufige Anschauung widerlegt wird, als ob die Arbeiter im Sommer gerne herumziehen, obwohl sie Arbeitsgelegenheit hätten; hier zeigt sich ganz deutlich das Gegentheil, die stärkste Wanderung findet mitten im Winter statt und hier pflegt sie in den seltensten Fällen eine freiwillige zu sein.

Mit Anerkennung erwähnt Herr Gardegg, der Aufsichtsbeamte des 3. Bezirkes, die Opfer der Gewerkschaften für die Orts- und Reiseunterstützung der Arbeitslosen. So sind nach den Aufzeichnungen der Gewerkschaftskartelle in Ulm, Göppingen, Geislingen, Heidenheim und Ravensburg 10,853 Mark an Reise- und 1481 an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden. Von der Reiseunterstützung entfallen allein auf Ulm, wo der größte Verkehr der Wandernden stattfindet, 7783 Mk. (= 73,5 Prozent), von der Arbeitslosenunterstützung 976 Mk. (= 65,9 Proz.) und von den Gewerkschaften partizipieren daran am meisten der Buchdruckerverband mit 6258 Mk. und der Metallarbeiterverband mit 1224 Mk. Die Kirch- und Dunder'schen vorausgaben nur 1354 Mk. für beide Unterstützungsarten, die konfessionellen Arbeitervereine gar nichts — da wird eben mehr Gewicht auf die Seelenspeise als auf die Lebensnahrung gelegt, aber natürlich nur bezüglich der Arbeiter; die Geistlichen und reichen Katholiken schämen sich auch die leiblichen Gemüthe sehr hoch. Der Bericht hebt noch hervor, daß der Metallarbeiterverband mit der Arbeitslosenunterstützung die besten Erfahrungen gemacht hat, indem er sich gefestigt und der starke Wechsel im Zu- und Abgang der Mitglieder aufgehört hat.“ Woraus ersichtlich, daß die Fabrikinspektoren der Entwicklung und dem Stande der Gewerkschaftsbewegung ernste Aufmerksamkeit widmen. —

Von Interesse ist, daß trotz der Krise eine Weiterentwicklung der Industrie stattfand und zwar vermehrte sich die Zahl der Fabrikbetriebe von 8731 in 1900 auf 9218 und die Zahl der Arbeiter von 159,725 auf 164,007, um 477 bzw. 4282. Die Metall- und Maschinenindustrie nahmen folgende Entwicklung:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1901	1900	1901	1900
Betriebe	773	703	832	772
Arbeiter überhaupt	23 044	20 704	28 092	27 389
Darvon erwachsene . .	20 354	18 227	25 311	24 642
„ männliche	17 547	15 491	23 550	23 250
„ weibliche	2 807	2 736	1 761	1 392
„ jugendliche	2 480	2 477	2 781	2 747
„ männliche	1 893	1 911	2 443	2 412
„ weibliche	587	566	338	335

Demnach haben beide Industriegruppen trotz der Krise sowohl bezüglich der Zahl der Betriebe wie der

Arbeiter eine weitere Zunahme erfahren, die aber am Schlusse des Berichtsjahres wieder sehr vermindert worden sein dürfte. Dabei handelt es sich, wie bezüglich des ersten Bezirkes im Berichte ausgeführt wird und übrigens aus der Statistik selbst ersichtlich ist, meistens um Kleinbetriebe, welche die vielfach gebotene Gelegenheit zur Erwerbung billiger Betriebskraft von elektrischen Zentralanlagen sich zu Nutzen machten und in Folge des mechanischen Betriebes unter die Gewerbeinspektion kamen; ferner wurden aus der Gruppe III, Bergbau, Hüttenwerke usw. alle Betriebe, wie Hammerwerke usw., welche sich mit der Anfertigung von Eisenwaren und Walzeisenprodukten beschäftigen, ausgeschieden und der Metallindustrie (Gruppe V) zugetheilt, so daß es sich bei deren Zunahme zum Theil nur um eine statistische Verschiebung handelt und daher weitere Betrachtungen darüber sich erübrigen.

Anträge zum Vierten Deutschen Gewerkschaftskongress.

Zur Tagesordnung.
Vorstände der Verbände der Graveure, Banarbeiter, Hütten, Formsticker, Handschuhmacher, Maschinisten, Schmiede und Vergolder: Als Punkt 5 ist auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen: „Die Stellung der Berufsorganisation zu den Industrieverbänden.“
Gewerkschaftskartell Duisburg: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Das System der privaten Pensionsklassen auf den industriellen Werken.“ (Als Referenten hierfür zu bestimmen Genossen Gue- oder Dittel-Essen.)
Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle München): Punkt 2 das „Reichsarbeitersekretariat“ ist unter Punkt 5 der Tagesordnung zu behandeln.

Punkt 2 der Tagesordnung.

a) Agitation (allgemeine).
Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter: Aus den Mitteln der Generalkommission ist, auf gleicher Grundlage wie in Benthien, ein Arbeitersekretariat in Saarbrücken zu errichten.
Vorstand des Verbandes der Lithographen und Steinbrücker: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, die Einrichtung peripatrischer Unterrichtskurse über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands ansüchtl. erwägen und eventuell zur Ausführung bringen zu wollen.
H. Mohrlad (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften, für jede Provinz (resp. für bestimmte Landestheile) Provinzial-Agitationskommissionen, bestehend aus den Agitationsleitern aller Gewerkschaften, zu bilden. Denselben fällt die Aufgabe zu, sich gegenseitig in der Provinzial-Agitation zu unterstützen durch Austausch von Adressen, Material für Flugblätter, statistische Fragebogen, durch Anknüpfung von Verbindungen, Erledigung von Aufträgen, Anweisung für die Thätigkeit der Gewerkschaftskartelle etc.

b) Agitation unter den Arbeiterinnen.

Vorstand des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter: Da es erwiesen ist, daß zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisationen Frauen am besten und erfolgreichsten agitieren, beschließt der Kongress, daß die Generalkommission eine Agitationskommission, bestehend aus Frauen, zu ernennen hat, die dann die Pflicht hat, in allen Berufen und an allen Orten Deutschlands, wo Arbeiterinnen in der Industrie thätig sind, die Agitation unter diesen zu betreiben, um sie den Organisationen zuzuführen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, dieser Kommission durch Ueberweisung von Material helfend zur Seite zu stehen und ist die Generalkommission verpflichtet, auch die Unkosten für Versammlungen usw. zu tragen, wenn die Gewerkschaften dazu nicht im Stande sind. Die der Agitationskommission entstehenden Kosten für Drucksachen, Post, Sitzungen usw. trägt die Generalkommission, und ist diese jederzeit berechtigt, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen und können Agitationsforen, für welche die Gewerkschaften die Kosten nicht übernehmen können, nur mit Zustimmung der Generalkommission unternommen werden. Die Kommission ist verpflichtet, halbjährlich im „Correspondenzblatt“ Bericht zu erstatten.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Gewerkschaftskartell für den Blaunschen Grund: Der Kongress wolle beschließen, eine Reorganisation des Streikwesens vorzunehmen, damit dasselbe einheitlich wird.
H. Mohrlad (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongress wolle beschließen: Um stets eine Uebersicht über die im Gange befindlichen Streiks und Ausperrungen zu haben, ist im „Corr.-Bl.“ außer den Streiknachrichten eine tabellarische Wochenübersicht sämtlicher Streiks und Ausperrungen, nach den Berichten der Partei- und Gewerkschaftspressen zusammengestellt, zu geben, etwa in der nachstehend angedeuteten Form:
 In der Woche vom . . . bis . . . waren nachstehende Streiks usw. im Gange:

Datum des Ereignisses	Streik oder Ausperrung	Branche	Zahl der beteiligten Arbeiter		Forderungen
			Arbeiter	Betriebe	

d) Reichs-Arbeitersekretariat.
Generalkommission: Der Kongress beschließt: „Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichs-Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Rechte, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rechte in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat.“
Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission.
Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichs-Arbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Gewerkschaftskongress den Betrag von 15.000 M. pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 Pfg. pro Mitglied und Quartal erhöht.“

e) „Correspondenzblatt“; „Oswiata“; „L'Operaio Italiano“.

H. Mohrlad (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongress wolle beschließen: Alle Gerichtsurtheile von Wichtigkeit, insbesondere solche von grundsätzlicher Bedeutung, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die gesamte Versicherungsgegebung betreffend, sind außer der Veröffentlichung im „Correspondenzblatt“ in einer nach Bedarf monatlich oder in längeren Zwischenräumen erscheinenden besonderen Beilage, nach Gesetzesparagrafen geordnet, als „Sammlung von Gerichtsurtheilen“ herauszugeben.
 Diese Beilage ist den Empfängern des „Correspondenzblatt“ gratis zu liefern.
 Ferner sollen die wichtigsten der bisher veröffentlichten Entscheidungen, in derselben Form zusammengestellt, als Broschüre herausgegeben werden.

Gewerkschaftskartell Bielefeld: Die Sitzung des Gewerkschaftskartells Bielefeld vom 6. November 1901 hat das allwöchentliche Erscheinen der „Oswiata“ im Interesse einer besseren und erfolgreicher Agitation und als den Wünschen der polnischen Gewerkschaftsmitglieder entsprechend für unerlässlich.

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle München): Zur Theilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind als Delegirte nur Vertreter von Zentralverbänden berechtigt.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Submissionswesen (Streiklausel).
Verband der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg): Der Gewerkschaftskongress erteilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gefordert, geregelt und insbesondere die Buchhansarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Punkt 8 der Tagesordnung.

Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Hamburg): Der Kongress wolle beschließen: „1. Den örtlichen Gewerkschaftskartellen ist es nicht gestattet, in die einzelnen Zweige der Zentralorganisationen einzugreifen, insbesondere nicht in das Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, soweit diese durch Statut geregelt sind. 2. In besonderen Fällen (Ausperrung und Abwehrstreiks) kann die in Frage kommende örtliche Organisation sich an das Kartell um Unterstützung wenden; dasselbe muß dann sofort Stellung dazu nehmen, ohne daß dem Kartell oder der Leitung desselben das Recht zusteht, an der Leitung der Bewegung theilzunehmen. 3. Die Sekretariate in den einzelnen Orten sind von den örtlichen Kartellen insoweit zu trennen, daß es nicht von der Zugehörigkeit der einzelnen Gewerkschaft zum Kartell abhängig gemacht wird, dem Sekretariat anzugehören. Die Ausbringung der Mittel hat von den Gewerkschaften, die das Sekretariat in Anspruch nehmen, nach ihrer Mitgliederzahl zu geschehen.“

Gewerkschaftskartell Grimmitzhan und Gewerkschaftskartell für den Blaunschen Grund: Der Kongress wolle beschließen: „Die Gewerkschaftskartelle sind nach Art der Zentralverbände zu zentralisieren und ist ihnen Sitz und Stimme auf den Gewerkschaftskongressen zu gewähren.“
Verband der Tabakarbeiter (Verwaltungsstelle Erfurt): Den Gewerkschaftskartellen ist eine Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress zu gestatten.

Gewerkschaftskartell Liegnitz: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: „Den Gewerkschaftskartellen ist auf den Kongressen durch ein näher zu bestimmendes Wahlverfahren Vertretung zu gewähren, da dieselben über die Zustände, namentlich in den zurückgebliebensten Distrikten, am besten Aufschluß geben können.“

Gewerkschaftskartell für den Blaunschen Grund: Der Kongress wolle die Befugnisse der örtlichen Gewerkschaftskartelle festsetzen.

Verband deutscher Buchdrucker (Ortsverein Gesehämde-Bremerhaven-Verhe): Der Ortsverein ersucht den Gewerkschaftskongress infolge des Verhaltens des Gewerkschaftskartells Bremerhaven und Umgegend, welches sich auf den Standpunkt stellt, daß es Sache der einzelnen Kartelle sei, welche Organisationen in demselben berieten sein können und welche nicht, folgenden Antrag seine Zustimmung zu geben:
 „In den Gewerkschaftskartellen können nur Mitgliedschaften derjenigen Zentralorganisationen vertreten sein, welche von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anerkannt sind.“

C. Grimm (Buchbinder) Hamburg: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: In allen Orten, wo Gewerkschaftskartelle bestehen, freie Arbeitsämter mit Anschluß eines einheitlich organisierten Arbeitsnachweises sämtlich am Orte befindlichen Gewerkschaftsorganisationen zu errichten. Gleichzeitig fällt denselben die Aufgabe zu, alle Arbeiten, welche die am Orte befindlichen Kartelle zu lösen haben, zur Ausführung zu bringen. Die Verwaltung und Kontrolle steht unter der Regie der Kartelle. Die

Unterhaltungskosten dieser Institution tragen die Kartelle, welchen die Aufgabe obliegt, die erforderlichen Geldmittel prozentual von den am Orte befindlichen Organisationen zu erheben.

Punkt 9 der Tagesordnung.

Unterstützungsfond für Gewerkschaftsbeamte.

Verband der Tabakarbeiter (Zahlstelle Erfurt): Für die Gewerkschaftsbeamten ist eine Pensionsklasse zu gründen.

Punkt 10 der Tagesordnung.

Allgemeine Anträge.

Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes: Der Kongress wolle beschließen: „Die Generalkommission wird beauftragt, in allen Branchen eine Umfrage darüber zu veranstalten:
 1. Wo und in welchen staatlichen und privaten Etablissements neben der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung noch anderweitige Pensionsklasseneinrichtungen für Arbeiter (sogen. Wohlfahrtskassen oder Pensionszuschußkassen) existieren und ob neben Invalidenpensionen auch eine Wittwen- und Waisenunterstützung eingeführt ist.“

2. Ob und in welcher Höhe die Arbeiter Beiträge zu den betreffenden Klassen zu leisten haben.
 3. Ob alle bei den betreffenden Etablissements in Arbeit stehenden Arbeiter als Mitglieder dieser Klasseneinrichtung beitreten müssen oder ob es ihnen freigestellt bleibt, Mitglied zu werden.
 4. Wie hoch die Gegenleistungen dieser Klassen sind.
 5. Ob die Klassenmitglieder einen statutarischen Rechtsanspruch auf die Klassenleistungen haben oder ob die Verwaltung der Klasse nach Belieben handeln kann.
 6. Ob den Arbeitern, wenn sie vor ihrer Pensionierung aus dem die Mitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheiden, entweder:

- a) ihre eingezahlten Beiträge zurückerstattet werden, oder
- b) ob sie freiwillige Mitglieder der Klasse bleiben können und welche Beiträge sie als solche zu zahlen haben, und
- c) ob sie als freiwillige Mitglieder noch das passive und aktive Wahlrecht für die Verwaltungskörperschaften dieser Klassen besitzen.

7. Inwieweit die Pensionsklassen mit anderen gleichartigen Klassen ein Vertragsverhältnis abgeschlossen haben, nach welchem den aus der einen in die andere Klasse übergehenden Mitgliedern bei der Pensionierung die in der früheren Klasse erworbenen Anrechte angerechnet werden.
 8. Ob auch die Beamten der betreffenden Etablissements Mitglieder derselben Pensionsklasse sind, zu welchen die Arbeiter gehören.

Die Generalkommission hat das durch die Umfrage gewonnene Material zusammenzustellen und zu veröffentlichen.
 Ferner ist dem deutschen Reichstag das Material zu übermitteln, mit dem Ersuchen, die bei den Pensionsklassen vorhandenen Uebelstände durch gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen.

Insbesondere sollen solche Klassen durch Gesetzesbestimmung gehalten sein, allen aus dem betreffenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Mitgliedern ihre eingezahlten Klassenbeiträge auf ihren Wunsch zurückzuerstatten. Vergleichen diese Mitglieder auf die Rückzahlung ihrer Beiträge, so behalten sie die bis zum Austritt erworbenen Rechte an die Klasse, so daß sie bei später eintretender Erwerbsunfähigkeit, Pension oder, im Falle des Ablebens, die Hinterbliebenen die ihnen zustehende Rente erhalten.
 Ferner soll es auch allen aus dem die Klassenmitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Pensionsklassenmitgliedern freistehen, Mitglieder der betreffenden Pensionsklasse zu bleiben, unter Fortzahlung der Beiträge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge. Im letzteren Falle ist dann auch die zu gewöhnliche Pension den Beitragsjahren entsprechend weiter zu steigern.

Schließlich soll auch bei solchen Klassen zu den Wahlen aller Klassenvertreter das geheime, direkte, gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Klassenmitglieder, einschließlich der freiwillig fortsteuernden Mitglieder, gesetzlich eingeführt werden.

Vorstand des Buchbinderverbandes: Der Kongress erteilt, daß er, abgesehen von anderen bringenden erforderlichen Aenderungen der Gewerbeordnung, eine Revision des § 134b für notwendig hält, und zwar ist in diesem Paragraphen: 1. die Bestimmung aufzunehmen, daß in Berufen, wo beiderseitig ausgearbeitete Lohnsätze bestehen, bei der Art der Lohnberechnung dieselben zu Grunde zu legen sind; 2. daß bei Verwendung der Strafgebeln den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht zusteht.“

Vorstand des Verbandes der Graveure: Der Kongress wolle beschließen: „Um den einzelnen Zentralorganisationen die unbedingt notwendige Kontrolle über die Berufskollegen zu geben, sind alle Gewerkschaftsorganisationen verpflichtet, die sich zum Eintritt melden, den, für welche eine Zentral-Berufsorganisation besteht, abzulehnen und der zuständigen Zentralorganisationen zu überweisen.“ Das Gleiche gilt auch für die bisherigen Mitglieder.“

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Berlin und München): Die Resolution Ruffe (Seite 211, Protokoll der Verhandlungen des dritten Gewerkschaftskongresses) ist aufzuheben.

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle München): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: „Die Total- und Branchen-Zentralverbände werden angewiesen, sich den Industrieverbänden anzuschließen, resp. sich zu solchen zu verschmelzen. Die Generalkommission wird beauftragt, im Sinne dieses Beschlusses vorzugehen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Gesehacht und Zahlstelle Schweinfurt): Der Kongress wolle beschließen, „daß die Verbände der ungelerten Arbeiter sich zu einem Zentralverband zusammenschließen sollen.“

Vorstand des Verbandes der Putzwerker: Der Kongress wolle beschließen: „Von Mitgliedern, welche infolge Berufswechsels ordnungsgemäß aus ihrer bisherigen Organisation ausscheiden und einer anderen Organisation beitreten, darf kein Eintrittsgeld erhoben werden. Jede

Aus den Agitationsbezirken.

An die Verwaltungsstellen im III. Bezirk (Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.)

Die Drucksachen für die Neuempfehlung des Arbeitsnachweises der Klempner, Rohrleger und Installateure sind vor kurzem versandt worden. Es müssen alle Verwaltungsstellen Plakate zum Aushang in den Wirtschaften erhalten haben.

Sollten nach irgend einem Orte zu wenig Plakate gekommen sein, oder sonst etwas von den Sendungen fehlen, so bitte ich das Fehlen zu verlangen.

Die Plakate dürfen nicht - was ich schon beobachtet habe - in der Wohnung der Verwaltungsbeamten liegen bleiben, sondern müssen in den Wirtschaften ausgehängt werden.

Mit kollegialem Gruß
H. Rohlfach, Stettin, Beringerstraße 78.III.

Korrespondenzen.

Formen.

Crimmitschau. Der Chef der Eisengießerei und Ofenfabrik von Paul & Söhne maßregelte am 17. Mai einen Kernmacher, welcher seit nahezu vier Jahren bei ihm gearbeitet hatte, weil der Kernmacher agitatorisch tätig war.

Halle a. d. S. Bei der Firma Starck haben die Kollegen, nachdem die Kündigung abgelaufen ist, die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen an anderen Orten werden ersucht, dies zu beachten.

Mitradberg. In der Eisengießerei von Kaspar Berg (Wögelbock) erhalten tüchtige Formen einen Tagelohn von 2 Mk. 50 Pf. bis 3 Mk. 50 Pf., dabei werden die Arbeiter noch mit ungläublichen Bezeichnungen besetzt.

Metallarbeiter.

Berlin. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Montag, den 5. Mai, in den Germania-Restaurants eine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 1. Quartal d. J. ersattet der Rendant Behold. Einnahme und Ausgabe in der Hauptkasse balancieren in der Summe von 88.235,44 Mark.

Hierauf begründete Cohen einen Antrag zum Gewerkschaftsstatut, den die Vertrauensmännerkonferenz der Versammlung zur Annahme empfiehlt. Der Antrag befragt, der Kongress möge die Resolution fassen wieder aufheben.

Beierfeld bei Schwanenberg. (Klempner, Schleifer und Metallbrücker) In der Metallwaarenfabrik Albert

Frank wurde in der Schleiferei, Drückererei und Klempnerei am 26. April eine Lohnreduktion bis zu 15 Prozent vorgenommen, die schon am 24. April in Kraft getreten ist, ohne die Arbeiter vorher davon zu benachrichtigen.

„Tüchtige Metallbrücker auf Weißblech und Messingwaaren sucht für sofort Albert Frank, Metallwaarenfabrik, Beierfeld im Erzgeb.“

Die Arbeiter allerorts werden um Solidarität gebeten. Eine Aeußerung des Herrn Frank sei hier wiedergegeben, die er bei der Auseinandersetzung mit den Brüdern gebraucht. Er sagte u. a.: Die Arbeiter müssen noch froh sein, wenn sie 15 Stunden arbeiten dürfen.

Essen. In Nr. 18 des Regulator (S.-D.) vom 2. Mai ist es der Kassirer des Ortsvereins Essen I, welcher es sich anmaßt, über die letzte Krupp'sche Bewegung ein Urtheil zu fällen. Er behauptet, daß die S.-D.-Gewerkschaften es zuerst gewesen seien, die gegen Krupp'sche Mißstände Protestversammlungen einberufen hätten.

Am 25. März fand eine Versammlung ohne Vertreter der S.-D. statt und endlich, am Charfreitag, den 28. März war man bei den Hirschen so weit gekommen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, welche aber äußerst schlecht besucht war. Diese Versammlung und alles übrige, was von den S.-D. an die Öffentlichkeit bringt wird aber nicht von dem Vater der 10 kleinen Ortsvereine gemacht (Essen I) ist der Erklärer von 10 Ortsvereinen in Essen und nächster Umgebung, sondern gewöhnlich von den Kleinsten dieser 10 Ortsvereine, Altendorf II, woran sich Essen I einmal ein gutes Beispiel nehmen könnte.

Magdeburg. Sonntag, den 11. Mai fand im „Reifenpark“ eine Generalversammlung statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht (den Anwesenden gedruckt vorliegend) wird vom Kollegen Boß erstattet.

einschließlich eines alten Bestandes von 5495,88 Mark, 13,943,08 Mk.; die Ausgabe betrug 8443,64 Mk., worunter 6133,90 Mk. Arbeitslofenunterstützung. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 2859, gegen den Schlusß des Vorjahres weniger 329.

Stadlau (Oesterreich.) Ueber die Elektrizitätswerke Union in Stadlau bei Wien ist die Sperre verhängt. Kein organisirter Arbeiter oder Modellzeichner nimmt in dieser Fabrik Arbeit, sondern hält den Zugzug fern.

Rundschau.

Protest des deutschen Städtetages gegen den Volkstarif. Im Hotel Kaiserhof in Berlin protestirten am 12. Mai die Vertreter deutscher Städte gegen den Volkstarif.

Mit der Vertheuerung der Lebensmittel müßte eine Verschlechterung der Lebenshaltung des kleinen Mannes eintreten, und hiergegen sich zu wenden sei Sache der städtischen Verwaltungen. Es handle sich daher keineswegs um eine Frage politischer Charakter.

Hierauf sprach Stadtrath Dr. Reigert Berlin über die Schädigung, welche Handel und Industrie in den Städten aus den hohen Zöllen erwachsen würde. Gerade durch den Abschluß günstiger Handelsverträge hätten Handel und Industrie ihre große Entwicklung genommen.

beitsverträge seien durchaus notwendig, damit die jetzige Position von Handel und Industrie befestigt bleibe.

Die „Wahrheitsliebe“ der Hirsch-Dunderianer fand in einer am 10. Mai im Gewerkschaftshaus zu Berlin abgehaltenen Metallarbeiterversammlung ihre gerechte Würdigung. In der letzten Nummer des „Regulator“, Organ des Gewerkschafts deutscher Maschinenbau- u. Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) befindet sich nämlich eine in der Hauptsache völlig falsche Darstellung über die Beendigung des Streiks bei der Firma Litman-Mariensfelde. Es heißt da, der wahre Grund der plötzlichen Streikbeendigung liege in der — Maifeier. Und wörtlich: „Die Arbeitgeber haben beschloffen, wer am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheint, wird auf 1—2 Wochen ausgesperrt, und da die große Masse, wie bereits mitgeteilt, diesen verurteilten aller Feiertage mitfeiern wird, so bedarf der Verband Mittel, um die Ausgesperrten zu unterstützen und deswegen wird ein wirklicher, berechtigter Kampf der Arbeiter auf solche unschöne Weise beendet.“

Der Vorstehende Cohen rief den Anwesenden noch einmal den Verlauf jenes Streiks ins Gedächtnis. Danach ist der Streik lediglich deshalb als ausichtslos aufgehoben worden, weil sich in der Fabrik bereits ebenso viele „Arbeitswillige“ eingefunden hatten, als Streikende vorhanden waren, so daß der Unternehmer schon dazu übergehen konnte, die weniger brauchbaren Elemente unter den Arbeitswilligen auszusieben. Es sei also entweder Thorheit oder Unwissenheit, zu behaupten, daß der Streik aufgehoben wurde, um die dadurch ersparte Streikunterstützung den zu erwartenden Gemäßigten vom ersten Mai zukommen zu lassen. Das Letztere erübrige sich auch schon deshalb, weil nach der Beendigung eines Streiks die vollberechtigten Mitglieder auf Kosten der Hauptklasse so lange ihre volle Unterstützung beziehen, bis sie wieder in Arbeit stehen. Von der Unterdrückung eines berechtigten Streiks könne also keine Rede sein. — Da von der Leitung des betreffenden Hirsch-Dunder'schen Vereins Niemand zur Verteidigung jener Notiz erschienen war, der einzige Anwesende jener Richtung aber nur sehr unklare Antworten auf die ihm gestellten Fragen gab, so wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die das Geschäftsblatt im „Regulator“ als wahrheitswidrig kennzeichnet. Gleichzeitig gab die Versammlung ihrem Unwillen Ausdruck über die Art, wie das Hirsch-Dunder'sche Blatt sich über die Maifeier auszulassen beliebt.

Die Krankenversicherung soll auf die Seimarbeiter ausgedehnt werden und zwar soll die Versicherung am 1. Jan. 1903 beginnen. Der vom Handelsminister Müller ausgearbeitete Entwurf der zu diesem Zweck zu erlassenden Verordnung, der demnächst den Bundesrath beschäftigen wird, liegt gegenwärtig den Regierungspräsidenten zur Begutachtung vor. In der ihm beigegebenen Begründung heißt es:

Die Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Hausgewerbetreibenden bietet Schwierigkeiten besonders um deswillen, weil eine Versicherung der Bedingungen für den Wettbewerb in der Hausindustrie herbeiführen muß und weil die vielfach sehr dürftige Lage der Hausgewerbetreibenden Schonung erfordert. Der erste Gesichtspunkt macht es erwünscht, daß die Krankenversicherung für Hausgewerbetreibende in den verschiedenen Theilen Deutschlands einheitlich geregelt wird; der zweite Gesichtspunkt legt die Frage nahe, ob eine zusammenfassende Einbeziehung aller Hausgewerbetreibenden in die Krankenversicherung, oder ob der Erlass besonderer Anordnungen für bestimmte Gewerbezweige vorzuziehen sei. Der Entwurf beabsichtigt, allen Zweigen des Hausgewerbes, mit Einschluß vorübergehender Beschäftigung für eigene Rechnung, die Wohlthäter der Krankenversicherung zugänglich zu machen. Der Entwurf hat auch davon abgesehen, die Versicherungspflicht von einer Obergrenze oder Untergrenze des Arbeitsverdienstes abhängig zu machen.

Die Hauptbestimmungen des Entwurfes lauten: 1) Die Anwendung der Vorschriften des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes wird auf selbstständige Gewerbetreibende erstreckt, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. 2) Die Ans- und Abmeldung des Hausgewerbetreibenden erfolgt durch ihre unmittelbaren Arbeitgeber. 3) Für die Einzahlung der Beiträge und der Eintrittsgelder für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Familienangehörigen, vorbehaltlich der Wiedereinzahlung nach Maßgabe von §§ 53, 54 Abs. 6 des Krankenversicherungsgesetzes, die unmittelbaren Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden, in deren Auftrag die Waaren hergestellt oder bearbeitet sind. Als Gesamtschuldner, neben dieser Haftung, bleiben die Hausgewerbetreibenden selbst für die Einzahlung der Beiträge und die Eintrittsgelder für ihre versicherungspflichtigen Familienangehörigen haftbar. 4) Die Beiträge für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Familienangehörigen sind zu zwei Dritteln von den Hausgewerbetreibenden und ihren versicherungspflichtigen Familienangehörigen, zu einem Drittel von den unmittelbaren Arbeitgebern der Hausgewerbetreibenden und falls durch diese als Zwischenpersonen die Beschäftigten vermittelt ist, von denjenigen Gewerbetreibenden zu bestreiten, in deren Auftrag die Waaren hergestellt oder bearbeitet sind.

Die Hausgewerbetreibenden haben für die Zeit vorübergehender Beschäftigung für ihre eigene Rechnung die Eintrittsgelder und die vollen Beiträge für ihre Person aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Beschäftigten sie in dieser Zeit versicherungspflichtige Hilfspersonen, so haben sie auch für diese die Eintrittsgelder und Beiträge einzuzahlen und die Beiträge zu einem Drittel zu tragen, während die übrigen zwei Drittel von den versicherungspflichtigen Hilfspersonen zu tragen sind.

Selbstsame Gründe gegen einen Anspruch auf Invalidenrente brachte der Assessor Dittrich als Vertreter der Versicherungsanstalt in einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht in Bräunau zur Geltung. Der Hauswerker Schubert

aus Wildenfels hatte Antrag auf Gewährung von Invalidenrente gestellt, ist jedoch damit von der Versicherungsanstalt abgewiesen worden, weil er angeblich nicht im Sinne des Gesetzes invalid sein soll. Die Untersuchung durch den Sachverständigen ergab jedoch vollständig die Invaldität. Nur einem Magen- und Darmleiden wurde festgestellt, daß die Gesamternährung ganz erheblich gelitten hat, so daß Arme und Beine furchtbar abgemagert sind. Diefenfalls sei der Kläger um mindestens 75 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt. Mit diesem Gutachten des Sachverständigen war jedoch der Vertreter der Versicherungsanstalt keineswegs einverstanden und erklärte: „Wo wollen wir denn hinkommen, wenn wir solchen Leuten mit diesen dicken Backen und dem vollen Haupthaar Rente bewilligen wollen? Man muß doch bedenken, daß der Mann nur ein Weber ist!“ Nachdem der Sachverständige sein obiges Gutachten, wonach er den Kläger als für 75 Prozent rentenberechtigt erklärt, zu Protokoll gegeben hatte, gab der Vertreter der Versicherungsanstalt, Regierungsassessor Dittrich folgendes zu Protokoll: „Der Kläger macht einen gesunden, kräftigen Eindruck und hat volles Haupthaar!“ Zu seiner Begründung führte der Regierungsassessor nochmals aus: „Im vorliegenden Fall sei die Bewilligung einer Rente ein Privileg des Mißbrauchs, des Alkohols und des Tabakgenusses. (1) Man müsse auch die Unterbilanz, mit der die Versicherungsanstalt arbeite, in Betracht ziehen.“ (!) Dem gegenüber erklärt der Sachverständige, Herr Dr. Geipel, nochmals, er habe den Kläger auch auf Tabak- und Alkoholgenuß untersucht, jedoch nichts finden können, was auf Mißbrauch schließen lasse, wovon sich alsdann auch das Gericht selbst überzeugte. Dem Kläger wurde schließlich eine Invalidenrente von jährlich 156,80 M. zugesprochen, weil man den Beweis für die Invaldität als erbracht ansah; die „Argumente“ des Vertreters der Versicherungsanstalt werden dadurch jedoch nicht abgeschwächt.

Krupp als Wohlthäter. Krupp läßt seine Arbeiter auf seine Kosten nach Düsseldorf zur Ausstellung fahren, und die Unternehmerpreise bezahlt sich, die Welt mit dem nötigen Lärm von dieser Wohlthat in Kenntniß zu setzen. Den Arbeitern wurde diese Wohlthat durch Anschlag in den Werkstätten bekannt gemacht. In einer Werkstatt wurde nicht unter dieser Bekanntschaft eine andere angeschlagen, in der den Arbeitern ein Lohnabzug von 20 Prozent angekündigt wurde!

Krupp überweist der Arbeiter-Pensionskasse seiner Werke eine größere Geldsumme, und wiederum bezahlt sich die Presse, den großen Wohlthäter zu preisen. Gleichzeitig werden in verschiedenen Werkstätten eine ganze Anzahl Arbeiter mit Dienstzeiten bis zu 17 Jahren entlassen. Welcher Segen ist der Pensionsfonds für die Entlassenen! Wahrscheinlich, es gibt keinen größeren Humbug wie die „Wohlthaten“ der Unternehmer an ihren Arbeitern!

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Die vierte Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes tagte vom 4.—10. Mai in Mainz. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß in Bezug auf die Mitgliederzahl ein Rückgang zu verzeichnen ist. Während im 1. Quartal 1900 noch 76,384 Mitglieder vorhanden waren, fiel diese Zahl Ende 1901 auf 67,341. Wie stark die Fluktuation unter den Mitgliedern war, geht daraus hervor, daß 1900/01 68,780 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren, also 1439 mehr, als jetzt überhaupt Mitglieder vorhanden sind. Dagegen haben sich die Zahlstellen um 49 vermehrt, so daß deren jetzt 391 vorhanden sind. Unter den Mitgliedern befinden sich 580 weibliche. Was die Kassenziffern anlangt, so war am 31. Dezember 1899 ein Bestand von 252,310,80 M. vorhanden. Die Gesamtentnahme beziffert sich inkl. Bestand vom 31. Dezember 1899 auf 1,909,272,54 M., die Gesamtentnahme inkl. Restfond pro 1. Januar 1900 auf 1,828,159,76 M., so daß eine Mehr-Einnahme von 81,112,78 M. zu verzeichnen ist. Wie sehr der Vorstand sich mit Streitfragen zu befassen hatte, geht daraus hervor, daß allein in einer Vorstandssitzung nicht weniger als 35 Streits und Streitgegenstände auf der Tagesordnung standen. Besonders in kleineren Städten ist die Streitfrage oft sehr problematischer Natur. Leider ging auch der Münchener große Kampf um den Neuaufbau verloren, bei welcher Gelegenheit übrigens ein Darlehen von 136,000 M. aufgenommen werden mußte, welches mittlerweile zurückgezahlt ist. Die Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zeitigte das Resultat, daß die letztere mit 24,907 gegen 24,037 Stimmen beschlossen wurde. Zu dem Vorstandsbericht entspann sich lebhafte Debatten, in welcher dem Vorstande u. A. auch eine gewisse Engstirnigkeit in Streitfällen vorgerufen wurde. Demgegenüber rechtfertigt der Vorstand seine Haltung in jedem einzelnen Falle und eine Reihe nicht direkt befristeter Delegierten stimmten ihm zu. Im Allgemeinen wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesräthe in Streitfällen freier als bisher vorgehen und die Lage härter prüfen mögen. Infolge Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde der bisherige Beitrag von 25 Pfg. pro Woche auf 35 Pfenning erhöht.

Der Jahresbericht des deutschen Bergarbeiterverbandes pro 1901 ist dieser Tage erschienen. Aus dem 38 Seiten umfassenden Bericht der uns am nächsten stehenden Bruderorganisation wollen wir einiges Bemerkenswerthe anführen. In einer Heberlei über die wirtschaftliche Lage wird, mit reichem Zahlenmaterial belegt, konstatiert, daß auch im Jahre 1901 der wirtschaftliche Niedergang unaufhaltsam Fortschritte machte. Die Festigkeit der Krise in 1901 wird am besten veranschaulicht durch die Ermittlungen des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wonach der Eisenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung Deutschlands pro 1900: 131, 1901 nur noch 89 kg betrug. Die Kohlen- und Erzkörperliche sieben erhebliche Förderminderungen erlitten. Das rheinisch-westfälische Kohlenmineralien-Ordre im 1. und 2. Quartal 1901 10 Proz., im dritten 15 Proz. und im 4. Quartal 1901 20 Proz. Förderminderung an. Das Realprodukt, das am Jahresende 33½ Proz. Förderminderung anordnete, konnte trotzdem die erzeugten Kohlenmengen nicht unterbringen. Der Verkaufsvorteil für Ehenerze (Siegen-

Massau) schränkte schon Ende 1900 den Grubenbetrieb ein und 1901 gab es Erzgruben, die nur für 60 Proz. der Leistungsfähigkeit Verwendung fanden. Auch das lothringisch-luxemburgische Erzgebiet litt unter bedeutenden Minderungen. Die Löhne der Kohlen- und Erzbergleute sind durchweg zurückgegangen. Da neben dem Drücken der Lebenshaltung der Bergleute, die Behandlung derselben sich gleichfalls verschlechtert hat, wird in dem Bericht konstatiert, daß die Organisationsleiter nur mit Mühe einen allgemeinen Streik hintanhalteten. Fortschritte hat der Arbeiterklub auch im Bergbau in 1901 nicht gemacht. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des Jahres 1901 38,042. Wenn auch eine erhebliche Zunahme der Mitgliederzahl nicht stattgefunden hat, so kann doch eine bedeutende Stärkung der Finanzkraft des Verbandes konstatiert werden. Im Geschäftsjahr 1900 entfiel auf das Mitglied pro Jahr eine Beitragseinnahme von 4,57 M. Dagegen in 1901 in demselben Zeitraum 6,25 M. Etilanen nicht nur seitens des Kapitals, sondern auch der Polizei und des Mecons blieben der Organisation nicht erspart. Streiks waren nur wenige im Jahre 1901 zu verzeichnen, dagegen desto mehr Maßregelungen. Die vom Verband errichteten Nachschubbüros (einschließlich der zuständigen Arbeitersekretariate) wurden von 12,481 Personen, die in Bergwerken beschäftigt sind, in Anspruch genommen. Bei der Agitation machte sich überall ein Mangel von hauptsächlich brauchbaren Kräften bemerkbar und vielfach mußten Nichtbergleute, die aber mit den einschlägigen Verhältnissen ziemlich vertraut waren, als Referenten herangezogen werden. Das Hauptbüreau hatte in 1901 nicht weniger wie 8983 Eingänge und 84,708 Ausgänge. Die Einnahmen der Organisation betrugen in 1901 323,256,37 M., die Ausgaben 192,068,10 M.; darunter für Agitation 11,152,93 M., für Gemeindeförderung 9596,29 M., für Streikunterstützung 5629,50 M., für Rechtschutz 14,567,33 M. und für die Generalkommission 3661,88 M.

Litteratur.

Die von der Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 Pfg. herausgegebene illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegt jetzt bis zum Heft 19 vor. Neben dem mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückten Roman „Der Bajard“ von Spindler, der bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden hat, fesselt auch der kinnungsvolle Lotische Roman „Ein Seemann“ namentlich die Jugend und die Jugend, so daß wir wiederholt unsere Leser auf die Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch in unseren Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Litteratur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

Furtwangen, Kaiserlautern, Fels (Almyner), Hannover (Schilde), Mainz, Saarbach und andere. Nächste Nummer. Ludwigsb. Gold allgemein gehaltenen Bericht nehmen wir nicht an.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Alshausen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, in Bayerischen Hof, Köhlerstraße 8.
- Jugoburg. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im blauen Hof.
- Garmersberg. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Markusbrücke.
- Garmersberg-Eberfeld. (Formel.) Sonntag, den 1. Juni, Morgens punkt halb 11 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Garmersberg.
- Garmersberg. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, bei Göhl, im Kreis.
- Zeitz. Sonnabend, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, Göbler, Bohrer, Fräser u. f. m. bei Dieck, Ackerstr. 123.
- Sonntag, den 25. Mai, Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Meißner, Gaussestraße 123.
- Sonntag, den 25. Mai, Vormittags 10 Uhr, Morgenprache der Schraubendreher bei Wegel, Wangenstraße 126. Die Vertrauensleute sind besonders eingeladen.
- Montag, den 26. Mai, Abends halb 9 Uhr, für Rigdorf bei Mercier, Steinwegstraße 113.
- Dinstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, chirurgische Branche bei Rimmann, Brunnenstraße 188.
- Dinstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, Gold- und Silberarbeiter im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.
- Dinstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, Kienpner in den Armierhallen, Kommandantenstraße 20.
- Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Sonnabend, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, für Moabit bei Fischer, Waldstraße 8.
- Donnerstag, den 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, für die Schlosser im Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, für die Mechaniker im Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, für die Schlosser im Gewerkschaftshaus.
- Frankfurt. (Sammliche Sektionen.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, beide Eile. Vortrag über: Die englische Gewerkschaftsbewegung. Referent: Herr Landgerichtsrath Kulemann-Brannschweig.
- Frankfurt. (Formel.) Sonntag, den 25. Mai, Vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wecker 32.
- Greinerhagen. Sonnabend, den 31. Mai, im Colosseum, Blüchermeister Emsstraße.
- Frankfurt. Jeden Dinstag nach den 1. und nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, im „Tivoli“, Tholstraße Nr. 23.
- Siedel. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.
- Colmar i. G. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Schleiffstadt“. Vortrag des Kollegen Gerold über: „Geltrigkeit“.

Dauzig. Donnerstag, den 29. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal, Hobbantengasse.

Dohheim. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gustav Stuhl, zur schönen Aussicht.

Dülken. Sonntag, 25. Mai, bei Ant. Müstkes, Schulstr. Dasselbst Herbergslokal.

Eisenach. Freitag, den 30. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum frühlichen Mann.

Elsfeld. Samstag, den 31. Mai, Abends punkt halb 9 Uhr, im Volkshaus, Hochstraße 88.

Guden. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

Gesfurt. (Allgem.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Tiboli, Magdeburgerstraße 51.

Gesfurt. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 31. Mai.

Essen a. M. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Poststr. 18.

Feuerbach. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Flensburg. (Klempner.) Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, im „Mühlenpavillon“, Waigstraße 4.

Frankfurt a. M.-Sachsenheim. Freitag, den 30. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Bierheilig, gr. Rittergasse 66 in Sachsenhausen. — Samstag, 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Ablter“, Frankfurterstraße 53 in Rodenheim. — Für Spengler und Installateure am Samstag, den 31. Mai, im Gewerkschaftshaus, II. St., Kolleg Nr. 4.

Gelsenkirchen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr bei Gerhard Ramps am Hermannsplatz.

Göppingen. Samstag, 31. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal „Dreikönig“.

Guben. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Volksgarten.

Hagen i. W. Samstag, den 24. Mai, Abends 9 Uhr, bei Wittwe Sachs, Puppenbergstraße 7.

Halle a. S. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 24. Mai, im Restaurant „Drei Könige“, II. Ulrichstr. 86.

Hamburg-Altona-Harburg. Jeden 2. Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, bei Lange, Sternstraße 79.

Hannover. (Klempner.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Wötter, Langestr. 2.

Harburg. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei E. Küffenhop, I. Bergstr. 7.

Heidelberg. (Allgem.) Samstag, den 31. Mai, in der Brauerei Krauß, Hauptstraße 37.

Hirschberg. Jeden Sonnabend 8—11 Uhr Kassenabend im Gasthof zur Eisenbahn (am Bahnhof Rosenau).

Jena. (Allgem.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur Krone.

Jalk. Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Eiche bei Nikolaus Nied, Viktoriastr. 70.

Kaisersruh. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, Pamen; in Sachl. Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat im Gasthaus zum Löwen.

Kaisersruh. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, den 24. Mai, kombinierte Versammlung im goldenen Adler.

Kiel. (Allg.) Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten. Stichtwahl zum Gewerkschaftskongress. Mitgliedsbücher vorzeigen.

Köln a. Rh. (Formen.) Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Bierhard in Deutz, Düsselborferstr. 1.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8—9 Uhrabend bei Kochlig, Müggelheimerstraße 2. Ebenfalls Verkehrslokal.

Kosheim. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Weingarten in Kosheim. Die Bücher sind zur Revision einzureichen.

Kottbus. Samstag, den 31. Mai, im Lokal des Herrn West, Schloßkirchstraße 12.

Krefeld. Samstag, den 31. Mai, Abends 9 Uhr, im Krefelder Bierhaus, Rheinstraße 134.

Lüdenscheid. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Rüggeberg, Grabenstraße.

München. (Siebmacher und Drahtarbeiter.) Samstag, den 24. Mai, bei Niedermaier, Klenzestr. 62.

Neu-Ruppin. Sonnabend, den 31. Mai, im Gesellschaftshaus bei A. Schröder, Gartenstr. 3.

Nürnberg. bei Kiel. Jeden letzten Donnerstag im Monat in Förstls Gasthof, Wellingdorf.

Niederwieslitz. Montag, den 28. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lehmanns Restaurant, Groß-Fischachweg.

Nürnberg. (Klempner und Bauhelfer.) Samstag, den 24. Mai, im goldenen Mörser, Döschmannsplatz.

Oberhausen (Rheinland). Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Bollender, Blumenthalstraße.

Osternbach a. M. Montag, den 26. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

Osternburg. Sonntag, den 1. Juni, Nachm. 3 Uhr, im Schützen.

Ohligs. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Frau. Stornweibel.

Penz. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats in Jitners Restauration.

Rheydt. Jeden ersten Sonntag im Monat in Mch.-Glabbach, bei Angenfeldt, Mühlentstr., Vormittags 11 Uhr. Jeden dritten Sonntag im Monat in Rheydt bei Paland, Friedensstraße, Vormittags 11 Uhr.

Schmalzkalen. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Rosenau“.

Schw.-Hall. Samstag, 24. Mai, Abends 8 Uhr, im „Nürnberg“.

Schwerin. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, gr. Moor 51.

Schwibus. Sonnabend, den 31. Juni, Abends 8 Uhr, bei Gust. Gaudolatsch.

Selbtsbrück. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Matthies, Hagedt.

Solingen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Johann van Gels, Cronenbergerstraße.

Stettin. (Klempner, Installateure und Helfer.) Montag, den 2. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Boigt, Gr. Ritterstr.

Stodum. Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Reinickens.

Tuttlingen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Jägerhofstraße.

Velbert. Samstag, 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Heint. Otting, Poststr. 53.

Wiesbaden. Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Esser, II. Bruchstraße 25.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr bei Koob, Hermannstr. 1.

Wittenberg. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Adler, Jüdenstr. 29.

Zerbst. Samstag, 31. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gerchland.

Berlin. Billets zum Besuch der Sternwarte Treptow sind im Bureau zum Preise von 60 Pfg. zu haben.

Bitterfeld. Adresse des Bevollmächtigten Neuestraße 21, ab 1. Juli Neustraße 43. Kassierer: S. Schade, Börbigerstraße 14. Meisegeld von 7—8 Uhr Abends. Herberge: Restaurant Schladig, Löpferstraße.

Breslau. (Klempner.) Sonnabend, den 21. Juni, Sommernachtskränzchen in Speldrichs Ballsalon, Schweitzerstraße.

Gesfurt. Sonntag, den 1. Juni, Besichtigung der Brauerei Baumann. Die im Innern der Stadt und Übersgehofen Wohnenden treffen sich Vormittags 9 Uhr im Alten Schwan, Gotthardstraße, die Uebrigen im Daberstädter Hof, Daberstädterstraße.

Geschäftsführer gesucht. Für die Verwaltungsstelle Essen a. d. R. wird ein Geschäftsführer gesucht. Derselbe muß Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein. Anfangsgehalt 130 M. monatlich. Selbstgeschriebene Bewerbungen, enthaltend: Aufgaben eines Geschäftsführers, kurzen Lebenslauf, bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung überhaupt und Angabe des frühesten Eintritts sind bis spätestens den 7. Juni an Kollegen Adolf Pollmann, Essen a. d. R., Weisingstraße Nr. 54/II, mit dem Vermerk „Geschäftsführer“ einzusenden.

Geschäftsführer für Frankfurt a. M.-Sachsenheim gesucht. Für die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.-Sachsenheim wird ein tüchtiger, besonders mit dem Kassenwesen vertrauter Kollege als Geschäftsführer gesucht. Der Eintritt soll spätestens am 1. Juli d. J. erfolgen und werden nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Bewerbung zugelassen. Das Gehalt beträgt jährlich 1800 M. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angaben über Lebenslauf und bisherige Verbandstätigkeit sind unter Beifügung des Mitgliedsbuches bis zum 31. Mai incl. an den Kollegen Fritz Ehrler, Frankfurt a. M., Wallbischmidtstraße 80, Hinterhaus, 3. Stock, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, einzusenden.

Geschäftsführer für Hannover gesucht. In Folge der erfolgten Wahl des Kollegen Schlegel, unseres bisherigen Geschäftsführers, zum Bezirksleiter für die Provinz Schlesien, schreiben wir hiermit die Geschäftsführerstelle für die Verwaltung Hannover aus. Der Eintritt soll am 1. Juli 1902 erfolgen, jedoch müssen die Bewerber in der Lage sein, spätestens am 15. Juni hier einzutreten. Der Anfangsgehalt beträgt 1800 M. pro Jahr. Die Bewerber müssen Verbandsmitglieder sein. Alle Bewerbungen von Kollegen, die nicht mindestens 5 Jahre der Organisation angehören, bleiben unberücksichtigt. Der Bewerbung muß ein kurzer Lebenslauf und Angabe der bisherigen Tätigkeit beigelegt sein. Die Bewerbungsschriften sind bis zum 24. Mai 1902, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Hannover, Langestraße 2/II, einzusenden. Die Ortsverwaltung.

Hamburg-Altona-Harburg. (Feilenhauer.) Arbeitssachweis bei Ludwig Rudolph, Hamburg, Kastanienallee 86, 2. Etage, Abends von 6—7 Uhr. Umschauen streng verboten. Bei Nichtbeachtung wird die Unterstützung entzogen.

Jandelsberg a. W. Lokalgeheim wird nicht mehr ausgehakt.

Mainz und Umgebung. Sonntag, den 25. Mai, Ausflug in die Hochburg der Fahrradwerke von Oppel nach Mühlheim. Dasselbst Festlichkeiten. Abfahrt 2 Uhr 20 Min. vom Centralbahnhof.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29) Hamburg.

Wiesbaden. Sonntag, den 8. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Koob, Hermannstraße 1.

Öffentliche Versammlungen.

Gleiwitz. Sonnabend, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im goldenen Stern, Breihschweizerstraße 53.

Mannheim. Montag, den 28. Mai, Abends halb 9 Uhr, im oberen Saale der Centralhalle, Q. 2. 16. Tages-Ordnung: Die Mannheimer Metallindustrie, die Krise und die Arbeiter. Referent: Redakteur R. Rudolph-Hirnberg.

Oppeln. Montag, den 2. Juni, Abends 7 Uhr. Ref.: Kollege Rißel-Breslau.

Ratibor. Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, im Wilhelmsgarten.

Gestorbene.

In Chemnitz der Schlosser Wilhelm Krause aus Neuhammer, 42 Jahre alt, Kehlkopfgeschwulst, und der Radelrichter Ernst Ritus Thierfelder, Proletarierkrankheit.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreigespaltene Perizeile beträgt 50 J.

Lackierer-Meister gesucht.

Für eine Eisengießerei in Mähren, welche sich mit der Erzeugung von Feinzeugartikeln befaßt, wird ein Lackierer für dauernde Stellung gesucht. Derselbe muß in allen feineren Lackarbeiten durchaus bewandert sein, ganz selbstständig arbeiten können und Geschmac für farbige Dekorationen von Salanteriewaaren aus Guß besitzen. Nur wirklich erste Kräfte können berücksichtigt werden.

Ehrliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der bisherigen Tätigkeit sind unter „Lackierer-Meister 3241“ an Rudolf Mosse, Wien, I. Seilerstätte 2, behufs Weiterbeförderung zu richten.

Um Angabe des Aufenthalts des Eisenbrechers Wilhelm Höpfer, geb. am 12. August 1878, bittet Hr. Schmidt in Schneidheim, O.-M. Heidenheim. [58]

Gustav Honemann
in Firma
H. Dachenhausen
Magdeburg, Breiteweg 83
empfiehlt

Kautschuk, tadellose Waare, dünne Stangen
2 Stangen 5 J 53

Danfuger, Pariser, St. Omer-Schnupftabak
echten Schmalzer, Fichtennadel, Seilgentabak
Gesundheitstabak.

Wiederverkäufer gesucht!

Quittungs-Marken
u. Kautschuck-Stempel [26]
liefert sauber, schnell u. preiswerth
Friedr. Strohmeyer, Krefeld, Rheinstr.

Die Schmiedekunst von J. Keller, Schlossermeister, Düsseldorf, zum praktischen Gebrauch für Schlosser und Schmiede, komplett in 3 Bänden.

Bd. I enthält 100 Tafeln moderner Entwürfe zu Thürfüllungen u. s. w. mit Preisberechnung.
Bd. II enthält 100 Tafeln moderner Entwürfe v. Thore, Balkone, Front-, Treppen-, Tisch- u. Grabgitter mit Preisberechnung.
Bd. III enthält 100 Tafeln moderner Entwürfe für Veranden, Bordächer, Firmenschilder, Thürnen und Thore, Beleuchtungsgegenstände, Blumen, Lampen, Ständer, Feuergeräte, Grabkreuze u. s. w. mit Preisberechnung.

Jeder Band ist neu und einzeln für sich zum herabgesetzten Preise von 7 M. 50 J. (statt 10 M. 50 J.) bei G. Stowak, Buchhandlung, Krefeld. Es sind nur wenige Bände abzugeben. [59]

Technische Selbstunterrichts-Systeme Hamack-Hachfeld

1. Elektrotechnische Schule, 2. Maschinenkonstruktoren, 3. Werkmeister, 4. Monteur, Vorarbeiter u. Maschinist, 5. Bauschlosser u. Installateure. Jedes dieser Werke ist für sich abgeschlossen und erscheint in Lieferungen à 60 Pf. Diese räumlichst bekannsten u. von Fachpresse vorzüglich beurteilten Selbstunterrichtswerke ermöglichen es jedem strebsamen Techniker, ohne den Besuch einer technischen Fachschule sich dasjenige Wissen und Können anzueignen, dessen er tücht. Techniker bedarf. Anschauendpapiere sowie Teilsahlungen bereitwillig.

Borness & Hachfeld, Potsdam. 46

Achtung Schnupfer!
Praktische Schnupftabak-Dose à 60 Pfg. mit Füllung und Porto erhältlich
J. Maier, Stuttgart, Böblingerstraße 212.

Der Metallarbeiter.
Hilfs- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser.
Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Fettberechnung & Drehen größerer Gegenstände auf der Mandrehbank. Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das konisch Drehen mittels Keittisch u. Support. Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindeabmessungen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch
Const. Saas, Köln-Ehrenfeld,
Piusstraße 2a.

1 Stück M. 1,80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M. 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,40, 5 St. 8,20 und 10 St. 16,— bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Freieemplar.

Dasselbst zu beziehen: [44]

Der praktische Fabrik-Schlosser.
Enthält Mitteilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer u., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung. Ausführlich über Härten des Stahls. Das Löthen. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w.

1 Stück M. 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M. 1,70, 2 St. M. 3,10, 3 St. 4,50, 5 St. 7,20, 10 St. 13 M. (bei 10 St. ein Freieemplar) bei freier Zusendung. [59]